



Aktueller Begriff

Vor 25 Jahren – Der erste Schritt zur Beendigung des Kalten Krieges: Die Ratifikation des INF-Vertrages

Am 1. Juni 1988 wurden in Moskau auf dem vierten Gipfeltreffen von KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow und US-Präsident Ronald Reagan die Ratifikationsurkunden zum INF-Vertrag („Intermediate-Range Nuclear Forces Treaty“) ausgetauscht. Damit trat das am 8. Dezember 1987 in Washington geschlossene Abkommen über die „Eliminierung der Mittelstreckenraketen größerer und kleinerer Reichweite“ (500 bis 1000 km bzw. 1000 bis 5500 km) in Kraft, das eine radikale Wende in der Rüstungspolitik der Supermächte einleitete. Als dem „ersten Abrüstungsvertrag der Geschichte“ (Czempiel) gebührt dem INF-Abkommen das Verdienst, erstmals nicht nur Obergrenzen für Massenvernichtungswaffen festgelegt, sondern eine ganze Waffengattung komplett abgeschafft zu haben.

Auf der internationalen Pressekonferenz dieses Tages, der ersten in Moskau überhaupt, würdigten Journalisten den Vertrag als „historisch“ und fragten, ob er das Ende des Kalten Krieges markiere. Darauf mochten weder Gorbatschow noch Reagan eindeutig mit Ja antworten. Zu stark war noch die Erinnerung an die lange Konfrontation von Ost und West, um nun plötzlich allzu euphorische Zukunftserwartungen gerechtfertigt erscheinen zu lassen. Dennoch waren beide Staatsmänner optimistisch. Das INF-Abkommen könne ein wesentlicher erster Schritt zu echtem Vertrauen sein, lautete ihre Einschätzung. Und zumindest auf persönlicher Ebene war das Vertrauen bereits Realität. Reagan, dem noch wenige Jahre vorher die UdSSR als „Reich des Bösen“ erschienen war, hatte seit seiner ersten Begegnung mit dem Reformier Gorbatschow 1985 seine Meinung über die Machthaber im Osten grundlegend geändert. Ihn beeindruckte besonders das massive Entgegenkommen des neuen KPdSU-Chefs in der Frage der Mittelstreckenraketen. Deren nunmehrige Komplettabrüstung in Gestalt der sog. „doppelten Nulllösung“ entsprach einem Vorschlag Reagans von 1982, der lange Zeit von der UdSSR abgelehnt worden war. Er sah eine „asymmetrische Abrüstung“ vor, verlangte also der russischen Seite, die mehr Raketen aufgestellt hatte, größere Abrüstungsanstrengungen ab als den Amerikanern (3052 russische Gefechtsköpfe gegenüber 859 amerikanischen). Nachdem Gorbatschow die Asymmetrie-Forderung akzeptiert hatte, stand für Reagan dessen Aufrichtigkeit als Abrüstungspolitiker fest und er akzeptierte ihn als Gesprächspartner auf Augenhöhe. In seinem Tagebuch wurde aus „Mr. Gorbachev“ nun „Mikhail“, ja unter dem Datum des Moskau-Gipfels verwandte der US-Präsident sogar erstmals die von westlichen Medien geprägte Formulierung „Gorby“ für den sowjetischen Machthaber. Reagan bekannte in Moskau offen, dass die „Chemie“ zwischen ihm und dem Verfechter von „Perestroika“ und „Glasnost“ stimme und amerikanisch-russische Zusammenarbeit von nun an wohl nachhaltig möglich sei.

Gorbatschow empfand dies ähnlich. Bei ihm war es jedoch hauptsächlich Einsicht in die wirtschaftliche Fragilität der russischen Großmachtstellung, die ihn nicht nur bei den Mittelstreckenraketen nachgeben ließ. Angesichts des drohenden Zusammenbruchs des Sowjetimperiums räumte er auch in anderen Bereichen Positionen, an denen seine Vorgänger im Kreml noch doktrinär festgehalten hatten. So beantwortete er etwa im Vorfeld des Moskauer Gipfels das Drängen Washingtons auf Beendigung des völkerrechtswidrigen russischen Engagements in Afghanistan positiv und kündigte den

Rückzug der dort 1979 einmarschierten sowjetischen Truppen bis Februar 1989 an. Auch signalisierte er erneut Bereitschaft, der Abrüstung im Mittelstreckenbereich weitere Schritte auf dem Gebiet des weit bedrohlicheren strategischen Nuklearwaffenarsenals folgen zu lassen. Dies wurde in Gestalt der beiden „START“-Abkommen 1991 bzw. 1993 auch erreicht und damit das Risiko eines „nuklearen Holocaust“ für die Welt erheblich reduziert, was wenige Jahre zuvor noch als utopisch gegolten hatte. Auch zahlreiche „Stellvertreterkonflikte“ der beiden Supermächte in Drittwelt-Regionen (Kambodscha, Tschad, Angola etc.) konnten binnen weniger Monate nach der Ratifikation des INF-Vertrages beigelegt werden, so dass sich die Weltlage insgesamt beruhigte. Somit hatten die US-sowjetischen Beziehungen und die ihrer Klientelstaaten Mitte 1988 ein Niveau gegenseitigen Vertrauens erreicht, wie es seit 1945 unbekannt gewesen war.

„Bricht jetzt etwa Frieden aus?“, fragte denn auch beinahe ungläubig die „Zeit“-Herausgeberin Marion Gräfin Dönhoff in einer Lageeinschätzung. Sie drückte damit das Staunen vieler Menschen in der Bundesrepublik aus, die als „Frontstaatsbewohner“ zwar seit langem auf ein Ende des bedrückenden Wettrüstens der Weltmächte gehofft, aber es kaum wirklich erwartet hatten. Umso mehr wurde der INF-Vertrag nun allgemein als erster Schritt zu dauerhafter Entspannung begrüßt. Auch auf die bundesdeutsche Innenpolitik wirkte er spontan pazifizierend. Die Spaltung des Landes in Befürworter und Gegner der Stationierung von 120 Pershing-II-Raketen und 62 Marschflugkörpern auf deutschem Boden als Antwort auf die zuvor aufgestellten russischen Atomwaffen Typ SS 20 konnte nunmehr überwunden werden. Ein überparteilicher Konsens in Sicherheitsfragen erwies sich erstmals seit 1983 wieder als möglich. Das vom Bundestag zu beschließende Begleitgesetz zum INF-Vertrag, das unter anderem den Zugang sowjetischer Inspektoren zu Einrichtungen der NATO in Deutschland zu regeln hatte, wurde einstimmig angenommen und bezeugte eine erneuerte „große abrüstungspolitische Koalition“, wie der Bonner General-Anzeiger am 8. Juni 1988 feststellte.

Weniger versöhnlich als das politische Ende des Stationierungsstreits fällt das historische Urteil aus. Konsens besteht nur dahingehend, dass Deutschland einen entscheidenden Beitrag zur „doppelten Nulllösung“ geleistet habe. Damit sind vorrangig Nachrüstungsbeefürworter wie Helmut Schmidt und die Regierung Kohl-Genscher gemeint, deren Festigkeit im „Raketenpoker“ mit dem Osten dessen Einlenken überhaupt erst ermöglicht habe. Ob auch der von der Friedensbewegung mobilisierte „Druck der Straße“, der ebenfalls auf Entspannung zielte, sie aber auf anderem Weg erreichen wollte (Rüstungsverzicht im Westen als Vertrauenssignal gegenüber dem Osten), den Gang der Dinge begünstigt hat, ist umstritten. Ein Teil der Historiker sieht die Rolle der verschiedenen Pazifistengruppen in der Bundesrepublik positiv. Wirsching etwa attestiert ihnen, die Bevölkerung für die Risiken der Aufrüstung sensibilisiert und damit insgesamt zu einem abrüstungsfreundlichen Gesamtklima beigetragen zu haben. Andere Historiker widersprechen dieser Ansicht. Wehler z.B. hält die Friedensbewegung für naiv und ihre Aktivitäten für verfehlt. Er glaubt, ihre Ostermärsche hätten dem Osten Schwäche signalisiert und damit ein Einlenken der Sowjetunion eher gebremst als forciert. Konsens besteht wieder hinsichtlich der Weiterungen des INF-Vertrages. Dass er die Voraussetzung für den äußerlich markantesten Abschluss des Kalten Krieges schuf, den Mauerfall 1989, gilt als sicher. Eine Vorahnung in dieser Richtung scheint die Zeitschrift *Jane's Defence Weekly* gehabt zu haben. Sie speulierte bereits im Juli 1988 über ein Ende der deutschen Teilung als Folge des jüngsten Abrüstungsabkommens. Damit lieferte das britische Blatt einen der ersten publizistischen Hinweise auf die spätere Wiedervereinigung als möglicher „Friedensdividende“ am Ende des Kalten Krieges. Auch deswegen gewinnt der INF-Vertrag, der dieses Ende vernehmlich eingeläutet hat, an Bedeutung und erscheint es wert, erinnert zu werden.

Literatur

- Czempiel, Ernst-Otto (1989), Außenpolitische Bilanz der Reagan-Administration, Frankfurt a.M.
- *Jane's Defence Weekly* (1988), *Jane's Annual Defence Report 1988-89*, Coulsden.
- Wehler, Hans-Ulrich (2008), *Bundesrepublik und DDR 1949-1990*, München.
- Wirsching, Andreas (2006), *Abschied vom Provisorium 1982-1990*, München.